

17. Wahlperiode

---

## **Antrag**

der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU

### **Stipendienprogramm zum Berliner Anerkennungsgesetz (BQFG Berlin)**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert zu prüfen, ob die Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen für landesrechtlich reglementierte Berufe im Rahmen des Gesetzes zur Feststellung der Gleichwertigkeit und Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen (BQFG Berlin) durch das Land Berlin nötig ist und wie sie ermöglicht werden kann, wie entsprechende Finanzierungsmodelle aussehen könnten und von welchen Kosten auszugehen wäre.

---

Der Senat soll prüfen, wie ein nachrangiges Stipendienprogramm, das nach Bedarf Hilfe zum Lebensunterhalt und/oder Einmalzuschüsse (etwa für Sprachkurse, Übersetzungen, Beglaubigungen, Lehrmaterialien oder Gebühren während der Anpassungsmaßnahme) bewilligt, funktionieren kann und was es kosten könnte. Die Verwaltung soll die Erfahrungen des Landes Hamburg mit derartigen Stipendienprogrammen berücksichtigen.

Die angenommenen Schätzwerte soll der Senat begründen und die Datengrundlage benennen.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 30.09.2014 zu berichten.

***Begründung:***

Die Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen für landesrechtlich reglementierte Berufe im Rahmen des Gesetzes zur Feststellung der Gleichwertigkeit und Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen (BQFG Land) fällt nicht in den Vollzug des Gesetzes. Auch sind Bedarf und Umfang von Anpassungsqualifizierungen nicht kalkulierbar, weil zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine validen Daten vorliegen und so Aussagen über Fallzahlen nur vage vermutet werden können.

Gleichwohl scheint es geboten, eine Finanzierung der Kosten zu ermöglichen, damit Interessierte gleichberechtigt an Fortbildungen und Anpassungsmaßnahmen teilnehmen können, wenn ihre wirtschaftliche Situation es erfordert und sie keine Leistungsbeziehende nach SGB II oder III sind. Mit der Umsetzung des BQFG Berlin sind vor allem die Erwartungen verbunden, dass - ganz im Sinne des Berliner Arbeitsmarktprogrammes „BerlinArbeit“ -, sowohl mehr Fachkräften der Zugang zu Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten besser und passgenauer gelingen kann als auch insgesamt Aufstieg und Integration.

Berlin, den 24. Juni 2014

Saleh Becker  
und die übrigen Mitglieder der  
der Fraktion der SPD

Graf Korte Dregger  
und die übrigen Mitglieder  
der Fraktion der CDU